

Niederschrift

zur 39. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 09.05.2017	18:31-21:13 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Kai Hamacher,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,
Stephan Wende,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,
Rolf Hilke ab 19:44 Uhr (TOP 8.2),

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer ab 18:32 Uhr (TOP 4),

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,
Thomas Apitz,
Wolfgang Mulinski,
Bernd Saliter,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,
Irina Retzlaff, Fördermittelmanagement,
Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,
Elfi Hirsch, Stadtjugendpflegerin,
Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Sigrid Daske, Behindertenbeirat,
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,
Siegfried Reibetanz, Gruppe Planwerk,
Caroline Petsch, Gruppe Planwerk,
Manja Wilde, Märkische Oderzeitung,

Roswitha Carlien sowie vier weitere Bürger.

Abwesend

CDU/FDP-Fraktion

Jens Hoffrichter,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:31 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind sieben stimmberechtigte Abgeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 11.04.2017

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Informationen.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Aus den Beiräten werden keine Informationen gegeben oder Anfragen gestellt.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Frau Carlien erklärt sich mit der Veröffentlichung ihres Namens und mit der Tonaufzeichnung einverstanden.

Sie fragt nach der Antwort auf ihre Anfrage bezüglich der Gehweginstandsetzungen. Diese wird im TOP 9 gegeben und der Sitzung auch als Anlage beigefügt, wie Herr Tschepe antwortet.

Frau Carlien bemängelt die **Abhängigkeit von Investoren** bei Bauprojekten und bemerkt, dass für die notwendige Instandsetzung der Geh- und Radwege keine Investoren auftreten werden. Herr Wende sagt, dass bestimmte Projekte nur mit Investoren möglich sind, weil die Stadt nicht die Finanzkraft hat, um diese selbst zu finanzieren.

Frau Carlien schildert ihre Beobachtung am Bahnhof vom 30.04.2017 (Sonntag). Als sie dort gegen 11 Uhr den Zug nutzte, fiel ihr negativ auf, dass der **Bahnhofsvorplatz** sehr stark verreckt war. Dies ist kein guter Eindruck für Ankommende an diesem Eingangstor zur Stadt. Herr Tschepe bestätigt, dass die Sauberkeit am Bahnhof zu wünschen übrig lässt. Durch die Integration der neuen Fachgruppe Kommunalservice ist der Fachbereich Stadtentwicklung seit diesem Jahr zuständig und eine Verbesserung wird angestrebt. Für die Verbesserung der Sauberkeit auf den Bahnanlagen ist die Stadt mit der Deutschen Bahn im Gespräch.

Frau Carlien regt an, den auf dem Friedhof befindlichen Vogeltränkebrunnen präserter aufzustellen sowie den auf dem Markt befindlichen Lebensbrunnen nicht zu entsorgen, sondern an einer anderen Stelle zu platzieren. Sie meint zu der geplanten **Grünfläche vor dem Dom** („Kleiner Platz“), dass das Entfernen des Baumes und der Bank bewusst geschehen sei, um die dort häufig auftretenden alkoholisierten Personen an diesen präsenten Platz zu vergrämen. Sie würde jedoch eine Ursachenbekämpfung bevorzugen. Letzteres unterstützt Herr Wende.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Umfassende Überarbeitung Integriertes Stadtentwicklungskonzept 6/DS/483 (INSEK), hier: Leitbild und Entwicklungsziele (Zwischenbericht) (BE: Fr. Petsch, Hr. Reibetanz, Gruppe Planwerk)

Frau Petsch stellt den aktuellen Stand im INSEK-Prozess dar. Dieser ist Ergebnis mehrerer Expertengespräche, Workshops und der Bürgerdialoge seit November 2016. Am 16.05.2017 wird der Bürgerdialog in Fürstenwalde-Nord stattfinden. Der jeweils **aktuelle Stand** ist immer auch auf der Homepage der Stadt nachzulesen. Bei öffentlichen Festen wurde auf das Thema mittels einer kleinen Ausstellung und durch Infostände hingewiesen und zur Beteiligung aufgefordert. Dieses wird es auch bei anstehenden Veranstaltungen (z.B. Stadtfest) geben.

Neue Herausforderungen bei der Stadtentwicklung ergeben sich aus geänderten **Rahmenbedingungen**. So wächst die Hauptstadtregion und auch Fürstenwalde wird davon profitieren, da in Berlin steigende Grundstückspreise und eine abnehmende Flächenverfügbarkeit festzustellen sind. Weiterhin wird der Großflughafen BER nach seiner Eröffnung ein Impulsgeber für den Arbeitsmarkt und ein Wirtschaftsfaktor für Fürstenwalde sein. Mit der Festlegung im LEP HR als „Stadt in zweiter Reihe“ sind die planerischen und politischen Rahmenbedingungen als Entlastungsstandort fixiert.

Bei der **Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung** ist seit 2012 eine Zunahme der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Der Anstieg ist auf Zuzüge zurückzuführen, während die natürliche Entwicklung weiterhin negativ ist (Sterbeüberschuss). Zwei Prognosen des Landes, welche eine Abnahme der Gesamteinwohnerzahl ergaben, werden durch die reale Entwicklung widerlegt. 2014/15 waren zwar 50 % der Zuzügler Flüchtlinge (Sondereffekt), aber auch ohne diese wäre der Trend bestätigt worden. Fürstenwalde wird weiter wachsen und muss darauf mit den Festlegungen im INSEK reagieren.

Es wird ein **strategischer Leitsatz** vorgeschlagen, der das Selbstverständnis der Stadt abbildet. Weiterhin sollen Primärprofile die Alleinstellungsmerkmale der Stadt unterstreichen und ausgehend von diesen sollen sich über Leitbildbereiche einzelne Entwicklungsziele ableiten lassen.

Das **räumliche Entwicklungsmodell** sieht Erweiterungsflächen für städtisches Wohnen, für ländliches Wohnen sowie für das Wohnen im Grünen vor. Für Gewerbeansiedlungen sind Flächen im Süden und Osten vorgesehen. Es gibt drei Leuchtturmprojekte: das Forschungszentrum, die Aufbauschule und das Jagdschloss. Der Sport- und Bildungscampus in Fürstenwalde-Nord, das Umfeld des (Haupt-)Bahnhofs, der innerstädtische Spreeraum einschließlich der Schleuse sowie das Umfeld des Bahnhofs Süd wurden als die vier Schwerpunkte der Entwicklung ausgemacht. Wichtig sind weiterhin die Stadtachsen, die Stadteingänge und Grünverbindungen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen.

Die Ausarbeitung der Entwicklungsschwerpunkte soll im Juni und Juli 2017 in vier Dialog-Abenden erfolgen. Im September folgen weitere Expertengespräche in der nächsten Workshop-Runde. Im Herbst 2017 findet außerdem eine weitere Bürgerveranstaltung zum INSEK statt.

Frau Albrecht ist die Ansprechpartnerin in der Verwaltung zum Thema INSEK. Sie betont, dass die vorgestellten Ergebnisse durch das Büro, die Verwaltung und als inhaltliche Ergebnisse der Dialogabende und Bürgerversammlungen entstanden sind und dass auch das Projekt „stadtspieler“ (TOP 8.4) noch berücksichtigt werden soll.

Herr Zänker fragt, ob bei der baulichen Entwicklung der Erhalt von **Durchlüftungskorridoren** beachtet wird. Herr Tschepe antwortet, dass dies eher ein Thema für den Landschaftsplan sei, welcher parallel fortgeschrieben wird. Gesamtstädtisch hat es jedoch nicht die Relevanz wie in größeren Städten. Herr Wende verweist auch auf das Klimaschutzkonzept. Herr Almes bemerkt, dass die Frischluftzufuhr nur entlang der Spree möglich ist und diese durch Bebauung gestört werden könnte. Herr Tschepe sagt zu, dass das Thema als Anregung zum Landschaftsplan mitgenommen wird.

Herr Wende hinterfragt die Kündigung der **Beschulung von Umlandkindern** in der Stadt, weil diese Entscheidung entgegen der im INSEK genannten Ziele steht. Herr Fischer sagt, wenn Schüler aus Fürstenwalde die Plätze brauchen, sollten diese bevorzugt versorgt werden. Er kritisiert – auch unter Hinweis auf das Wachstumsziel – die fehlende Strategie der Stadt und der Umlandgemeinden, in der Vergangenheit ausreichend Voraussetzungen für die Beschulung aller Kinder zu schaffen.

Herr Wende hätte sich gewünscht, dass **konkrete Maßnahmenvorschläge** zu den Leitzielen benannt worden wären. 90 % des Vorgetragenen seien bekannt und den Abgeordneten bewusst, fügt Herr Fischer an. Herr Reibetanz betont, dass derzeit mehr grundsätzlich Strategisches überlegt wird, während konkrete Maßnahmen erst später daraus abgeleitet werden. Die konkretere Ausformulierung ist Teil der zweiten Stufe, in der auch weitere Dinge integriert werden können. Das INSEK stellt eher eine Zusammenfassung der einzelnen Fachplanungen dar. Herr Tschepe ergänzt, dass das INSEK ein Instrument ist, Bekanntes zusammenfassen und zu visualisieren. Durch den Beschluss der Stadtverordneten bekommt es Gewicht und es ist auch die Grundlage des Verwaltungshandelns.

Herr Fischer sagt, dass derzeit beste **Bedingungen für Wachstum** herrschen. Er fragt, wie die Stadt interessanter für Berliner werden könnte. Aber auch, wie die dafür notwendige Infrastruktur gewährleistet werden soll. Er würde aufgrund der überproportionalen Entwicklung von Fürstenwalde-Süd gerne neben dem Bahnhof Süd weitere Schwerpunktbereiche benannt sehen, um mögliche spätere Probleme von vornherein zu vermeiden.

Herr Wende kritisiert den **Umgang mit den Informationen**. Die Kündigung der Schulkooperation mit den Umlandgemeinden erfolgt offenbar aufgrund des Fehlens von zwei Plätzen im nächsten Jahr. Statt die Kooperationsvereinbarung für solch einen temporären Engpass zu beenden, sollten andere Wege gefunden werden. Hier könnte ein Attraktivieren der gescholtenen Sigmund-Jähn-Grundschule – auch als Teil des Campus Nord – hilfreich sein.

Frau Albrecht erklärt auf Nachfrage von Herrn Wende, dass die Dialog-Abende zu den Entwicklungsschwerpunkten um 18:30 Uhr beginnen werden, zuvor aber etwa 30minütige Spaziergänge im Quartier geplant sind. Daher sind die Anfangszeiten mit 18 Uhr angegeben.

Herr Hamacher fragt, ob die Ergebnisse der noch stattfindenden **Bürgerdialogen** einfließen werden. Dies bejaht Herr Tschepe und ergänzt, dass für Molkenberg ein Termin gesucht wird, und auch an den neu gewählten Ortsbeirat Heideland wird das Angebot eines Bürgerdialogs für den Ortsteil gemacht.

Protokollnotiz: Die Abstimmung über die Drucksache wurde im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 8.2 nachgeholt. Zu diesem Zeitpunkt war Herr Hilke bereits anwesend.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung des vorgeschlagenen Erarbeitungsprozesses.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) "Soziale Stadt Fürstenwalde 6/DS/484 Nord" 2017 - Maßnahmen und Erweiterung der Gebietskulisse (BE: Fr. Albrecht)

Frau Albrecht verdeutlicht, dass ein Zusammenhang zwischen den Konzepten INSEK und IEK besteht. So sollen konkrete Projekte über das IEK ins INSEK einfließen, da das INSEK auch Voraussetzung für die Bewilligung von Fördergeldern ist.

Seit 1999 gibt es in Fürstenwalde-Nord ein **Programmgebiet der Städtebauförderung**, da hier ein besonderer Entwicklungsbedarf gesehen wurde und wird. Unterstützt wird dies durch das „Netzwerk Nord“, welches sich aus sozialen Trägern und lokalen Vereinen zusammensetzt. Seit 2011 besteht ein Verfügungsfonds zur Förderung kleinerer Maßnahmen. Über die Mittelvergabe entscheidet eine Jury.

Ein hoher Anteil der im Programmgebiet lebenden Menschen ist **Transferleistungsempfänger** und es besteht im Durchschnitt eine niedrige Motivation zur eigenständigen Lebensführung. Hier leben außerdem viele Flüchtlinge. Die Ziele sind die Verbesserung der Lebenschancen der Bewohner, eine Stärkung des sozialen Miteinanders und die Steigerung der Wohn- und Freizeitqualität.

Frau Albrecht benennt die Beteiligten in der Verwaltung und konkrete Maßnahmen, welche in den nächsten Jahren in den Handlungsfeldern angedacht sind. Eine **Erweiterung** der Gebietskulisse westlich der Trebuser Straße wird zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen vorgeschlagen. Die Maßnahmen im IEK haben drei Prioritätenstufen. Für die angedachten Maßnahmen in der Stufe 1 sind Städtebaufördermittel von 9,8 Mio. Euro notwendig.

Herr Wende bemängelt, dass die Drucksache und der Bericht nicht rechtzeitig verfügbar waren und dass er deshalb deren Inhalt nicht genau kennt. Die fehlende **Verfügbarkeit im Netz** gründet auf einem technischen Problem, entschuldigt Herr Tschepe, der Beschluss könnte aber auch in der nächsten Sitzung am 30.05. erfolgen. Bis dahin hätten die Abgeordneten noch Gelegenheit, ihren Ergänzungsbedarf zu sammeln und mitzuteilen.

Herr Wende fragt, warum die **Gebietskulisse** der Sozialen Stadt nicht auch auf Gebiete wie den Paul-Frost-Ring, die Reifenwerksiedlung oder in Mitte ausgedehnt wird. Frau Albrecht antwortet, dass an diesen und anderen Standorten die Problemlagen geringer sind und damit die Grundlage für die Erweiterung fehlt. Herr Wende meint, dass das auch für die geplante Erweiterung an der Trebuser Straße gilt. Herr Tschepe bittet dies nicht dahin fehlzuinterpretieren, dass es nicht auch Probleme in anderen Gebieten gibt. In Mitte bspw. kann aber über Aktive Stadtzentren Fördergeld beantragt werden. Zudem möchte der Fördermittelgeber ausdrücklich kein Gießkannenprinzip, daher wurde der Schwerpunkt auf Fürstenwalde-Nord gelegt. Die vorhandenen Zahlen in anderen Gebieten rechtfertigen nicht die Aufnahme ins Programm.

Herr Fischer sagt, dass auch andere Gebiete nicht außen vor gelassen werden dürfen. Nur weil dort derzeit keine Probleme bestehen, kann sich dies ändern und es wäre besser, die Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen.

Herr Wende verweist darauf, dass bei vielen Programmen keine Chance besteht, in die Gebiete reinzugehen. Die Soziale Stadt ist das einzige Programm, indem über die **Mittelverwendung** beschlossen werden kann, da keine Vorgaben durch den Bund erfolgen. Herr Hilke bittet darum, nicht zu übertreiben mit der Stilisierung einiger Gebiete als prekär: Der Paul-Frost-Ring bspw. wurde modernisiert und entdichtet. Es sind immer die Menschen und nicht die Wohnlagen, die Probleme haben. Auch sind die Gebiete an soziale Einrichtungen etc. angebunden. Herr T. Apitz bemerkt, dass nur Verbesserungsbedarfe und -möglichkeiten benannt, die Gebiete aber nicht als Problemviertel dargestellt wurden.

Herr Tschepe erläutert, dass das INSEK für alle Stadtteile Vorgaben machen muss, während das IEK nur auf spezielle Problemlagen reagiert. In anderen Gebieten können Maßnahmen auch aus dem normalen Haushalt finanziert werden. In Fürstenwalde-Süd wurde bspw. auch **ohne Fördermittel** aus der Sozialen Stadt in den letzten Jahren das Kita-Angebot deutlich ausgebaut (Wirbelwind, Schmusebacke, Apfelbäumchen, Heinzelmännchen). Ebenso befindet sich hier als Großprojekt der Neubau der Spree-Oberschule durch den Kreis.

Herr Fischer beantragt, dass die Abstimmung auf die nächste Ausschusssitzung verschoben wird. Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Zurückstellung Ja 5 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Städtebauliche Sanierungsgebiete "Mitte" und "Erweitertes Domumfeld", Abschlussbericht (BE: Fr. Retzlaff)

Frau Retzlaff stellt zunächst die verschiedenen Fördergebietskulissen in der Stadt vor.

Bezogen auf TOP 8.2 merkt sie an, dass die Kulisse der Sozialen Stadt auch später auf Gebiete in Süd erweitert werden könnte. Derzeit geht es jedoch darum, einen Bearbeitungsstau abzarbeiten und den Fokus für die Fördergeldgeber (Land) auf die Neuorientierung in Nord zu richten, um **handlungsfähig** zu bleiben. Das IEK muss für neue Gelder dringend beschlossen werden.

Frau Retzlaff führt aus, dass die in der Nachwendezeit initiierten Sanierungsgebiete die ältesten Fördergebietskulissen in der Stadt sind. Sie illustriert die Notwendigkeit der Einrichtung durch Gegenüberstellung von historischen Bildern aus der Wendezeit im Vergleich zur heutigen Situation und zeigt somit bildhaft, wofür die Gelder unter anderem verwendet wurden.

Erste vorbereitende Untersuchungen begannen 1991 in einem viel größeren Rahmen. Im Jahr 1994 wurde das Sanierungsgebiet **Stadtgebiet Mitte** im vereinfachten Verfahren beschlossen. Hierbei müssen am Ende keine Ausgleichsbeträge gezahlt werden, da die KAG-Umlagen während der Laufzeit erfolgten. Ziel war es, den Eigentümern die Sanierung der Gebäude zu ermöglichen.

Das Sanierungsgebiet **Erweitertes Domumfeld** entstand 1999. Hier wurde das umfassende Verfahren gewählt, welches Ausgleichsbeiträge erst am Ende der Laufzeit vorsieht, eine vorzeitige Ablösung ist jedoch möglich und wurde von vielen Eigentümern auch genutzt. Der Schwerpunkt in diesem Gebiet lag bei den kommunalen Frei- und Verkehrsflächen.

Bis zum Auslaufen wurden insgesamt 16,3 Mio. Euro ausgegeben. Die Schwerpunkte lagen bei der Sanierung von Gebäuden und Straßen und beim Erweiterten Domumfeld zusätzlich bei Ordnungsmaßnahmen (z.B. Abrissen). Im Stadtgebiet Mitte wurden insgesamt knapp 12,5 Mio. Euro, im Erweiterten Domumfeld etwa 3,9 Mio. Euro ausgegeben. Frau Retzlaff präsentiert Bilder von Beispielen und deren Kosten in beiden Sanierungsgebieten. Die noch nicht endgültige Schlussrechnung zeigt, dass alles Geld, was abrufbar war, auch abgerufen und ausgegeben wurde und dass das im Stadtgebiet Mitte nicht ausgegebene Geld (~64.000 Euro) beim Erweiterten Domumfeld in etwa mehr ausgegeben wurde (~68.000 Euro), sodass sich dies die Waage hält.

Herr Fischer dankt für die Übersicht und fotografische Aufarbeitung. Sie zeigt, dass sich die Stadt sehr gut entwickelt hat. Auf seine Frage führt Frau Retzlaff aus, dass die Nachberechnung zur **Sanierung des Alten Rathauses** inzwischen positiv beschieden wurde. Es befindet sich jedoch nicht in einem der beiden Sanierungsgebiete. Die Sanierung ist zwar nicht EU-förderfähig, aber über das Förderprogramm Stadtumbau kam im April das Geld in den Haushalt.

Herr Fischer fragt nach dem **Abriss des Heizhauses** in der Artur-Becker-Straße. Der Rückbau ist für dieses Jahr vorgesehen, wie Frau Retzlaff ausführt, würde jedoch nicht mehr durch die Sanierungsgebiete gefördert, weil das Geld ausgegeben ist, sondern über Attraktive Stadtzentren (ASZ).

TOP 8.4 Projekt "stadtspielerJUGEND" (BE: Fr. Hirsch)

Elfi Hirsch ist Stadtjugendpflegerin (Mitarbeiterin im Fachbereich 3) und präsentiert die Methode „stadtspieler“. Sie sagt, dass § 4 der **Beteiligungssatzung**, welche auf Kinder und Jugendliche abzielt, bislang wenig beachtet wurde. Ein Grund war, dass keine Notwendigkeit bzw. Möglichkeit gesehen wurde. Auch bei der INSEK-Fortschreibung war ursprünglich keine Beteiligung vorgesehen, weil das Thema zu abstrakt schien.

Zusammen mit dem Büro „stadt.menschen.berlin“ fand am 28.04.2017 das **Jugendforum** statt. Dabei wurde der Spielplan einer europäischen Stadt zum Kennenlernen der Methode verwendet. Daraus wurden Szenarien für Fürstenwalde entwickelt. Es wurden in Zusammenarbeit mit sechs Fürstenwalder Schulen 140 Ideen gesammelt. Darunter gehören auch Projekte, die schon im Gange sind, wie freies W-LAN.

Ideal sind Gruppen aus vier oder fünf Personen, welche ein Motto haben und Zukunftspreise entwickeln. Viele **Zukunftsideen** betreffen das Stadtbild, die Verkehrsinfrastruktur und Bildung. So haben Themen wie Geh- und Radwege und die Förderung umweltverträglicher Verkehrsarten einen hohen Stellenwert. Die im INSEK identifizierten Schwerpunktbereiche wurden auch von den Beteiligten thematisiert. Sie regt an, die Jugendlichen zu Veranstaltungen einzuladen. Der Bahnhof ist für Jugendliche sowohl ein Verkehrs- als auch ein Aufenthaltsort. Sauberkeit und Ordnung spielen eine große Rolle, ebenso die Gestaltung der Schulen. Hier sollten die Schüler als Betroffene beteiligt werden. Die gesammelten Ideen werden thematisch zusammengefasst und können zum Stadtfest durch andere Jugendliche bewertet werden.

Frau Hirsch lädt gemeinsam mit Frau Albrecht die Abgeordneten zum **Tag der Städtebauförderung** am 13.05.2017 in den Jugendclub Nord ein, um die Methode kennenzulernen. Sie betont, dass sich auch junge Menschen mit der Stadt beschäftigen und Patenschaften erwünscht sind. Die Herausforderung besteht in der Rückkopplung mit den Jugendlichen. Dies gelingt oft nur über die Schulen.

Herr Fischer spricht eine Einladung zur Teilnahme an einer Ausschusssitzung aus. Ein **Jugendbeirat** könnte Redebeiträge einfordern und Anträge stellen. Frau Hirsch erzählt, dass in Ahrensfelde ein Kinder- und Jugendparlament gegründet wurde und Jugendliche zum Sozialausschuss kamen. Die Beiträge waren gerade auch für die anwesenden Eltern interessant. Ansonsten sind Ausschüsse für Jugendliche eher langweilig und wenig ansprechend. In Ahrensfelde fehlt dem Jugendparlament der Nachwuchs und die Gruppe zersplittert. Besser wäre ein Ausschuss an einem anderen Ort oder in einer anderen Form. Herr Wende begrüßt, dass die Möglichkeiten des § 4 genutzt werden und meint, dass ein Beirat kein kinder- und jugendgerechtes Format ist. Sie können allerdings lernen, wie „das Geschäft“ funktioniert. Auch Herr Fischer könnte sich vorstellen, eine andere Form zu einer anderen Uhrzeit zu nutzen, um einen Austausch mit den Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

Frau Daske fragt, ob Themen wie **Barrierefreiheit und Inklusion** bei Jugendlichen wichtig seien. Dies ist bei Jugendlichen derzeit kein großes Thema, führt Frau Hirsch aus. Herr Wende gibt zu bedenken, wenn Inklusion gelebt wird, ist es kein Thema, wenn sie fehlt, bleibt sie unbekannt.

Frau Albrecht ergänzt, dass die fünf angeschafften **Stadtspieler-Sets** durch Lehrer stark angefragt werden. Die Sets sind an Fürstenwalde angepasst und können auch über Frau Hirsch ausgeliehen werden. Herr Fischer fragt, ob sie auch käuflich erwerbbar sind, worauf Frau Hirsch ausführt, dass die Rechte beim Planungsbüro liegen. Dieses hat auch noch fünf weitere Sets. Das Planungsbüro wird am Sonnabend vor Ort sein.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass am 23.05.2017 um 18:30 Uhr die von den Abgeordneten gewünschte Bürgerinformationsveranstaltung zur Uferstraße 9 (**Alte Baumwolle**) im Festsaal des Alten Rathauses stattfinden wird. Die Einladungen gehen am Ende der Woche raus. Auf der Veranstaltung sollen die Entwürfe und Kriterien durch die Stadt vorgestellt werden.

Herr Fischer regt an, dass eine Einladung auch an die Investoren erfolgen sollte. Die Entwürfe sollen durch die Verwaltung zusammengefasst und relevante **Knackpunkte** dargestellt werden. Es soll auch klar benannt werden, was möglich ist.

Herr Tschepe fragt, ob den Investoren die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Entwürfe selbst zu präsentieren. Herr Wende plädiert für ein Vorstellen seitens der Verwaltung, um von den Investoren **unabhängig** zu sein. Da niemand widerspricht, wird die Verwaltung so verfahren.

Herr Tschepe informiert zum Thema **Gehwegbau**, dass zwei Fälle unterschieden werden. Zum einen der isolierte Bau und zum anderen der Bau im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen. Im Jahre 2015 wurden bspw. im Bereich Straße der Einheit und Wriezener Straße, 2016 an der Dr.-Goltz-Straße und der Richard-Strauss-Straße Gehwege hergerichtet. Für 2017 sind Maßnahmen an der Trebuser Straße und am Ring der Freundschaft geplant.

In Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen werden 2017 u.a. Teile der Bahnhofstraße, der August-Bebel-Straße und der Jahnstraße angegangen. Eine Auflistung der Maßnahmen und Länge der Gehweginstandsetzungen bzw. -neubauten wird der Sitzung als Anlage angehängt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Almes verweist darauf, dass im Einmündungsbereich der Heinrich-Zille- in die Rauener Straße der **Parkverbotsbereich** zur Erleichterung des Abbiegens erweitert werden sollte, da durch die längeren Gelenkbusse der bisherige Bereich nicht ausreicht.

Herr Wende fragt, ob die Baumaßnahmen an der August-Bebel-Straße beschleunigt werden könnten. Herr Tschepe verweist auf den mit der Baufirma abgestimmten **Gesamtzeitplan**. Der Landesbetrieb Straßenwesen ist Hauptauftraggeber. Er baut zusammen mit der Stadt und dem ZVWA. Ein Eingriff in den Ablauf ist problematisch. Während bei der städtischen Baumaßnahme in der Bahnhofstraße ein Verzug eingetreten ist, ist dies bei der August-Bebel-Straße momentan nicht der Fall.

Herr Almes fragt, ob B-Pläne im **Geoportal** veröffentlicht werden, was Herr Tschepe bestätigt. Das Geoportal ist über die Internetseite der Stadt erreichbar.

Herr Almes fragt nach dem Stand der Zufahrt der ehemaligen **Hanse-Trading** in der Hegelstraße. Diese sollte zur Entlastung der Anwohner nach Westen verlegt werden. Herr Tschepe sagt, dass durch den Eigentümerwechsel Verzögerungen eintraten. Der neue Eigentümer hat noch keine Signale ausgesendet, dass er von den Plänen abrückt. Eine Zeitschiene ist jedoch nicht bekannt. Der Bürgermeister ist mit den Beteiligten im Gespräch.

Auf Herrn Almes Frage nach durch Zuzug verursachten Problemen mit der **ärztlichen Versorgung**, bemerkt Herr Wende, dass dies der falsche Ausschuss für das Thema sei. Herr Tschepe sagt, dass das Problem bekannt sei, aber keine zufriedenstellende Antwort gegeben werden kann.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:13 Uhr.

Kai Hamacher

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer